

EMPFEHLUNGEN DER ANTRAGSPRÜFUNGSKOMMISSION

für das GPA-Bundesforum 2021

www.gpa.at



Empfehlungen der Antragsprüfungskommission zu den eingebrachten Anträgen für das GPA-Bundesforum 2021

Antragsnummer und Titel	AntragstellerIn	Einschätzung	Empfehlung der Antragsprüfungskommission
Antrag 1 Allgemeiner Leitantrag	Bundesvorstand	Anmerkung: Beschlossen am Bundesvorstand am 24.3.2021	
Antrag 2 Wirtschaft, Gesellschaft und Gewerkschaft nach Corona	Bundesvorstand	Anmerkung: Beschlossen am Bundesvorstand am 24.3.2021	
Antrag 3 Sozial gerechter Klimaschutz	Bundesvorstand	Anmerkung: Beschlossen am Bundesvorstand am 24.3.2021	
Antrag 4 Just Transition	Stanger Karin, Stefan Taibl	Abkehr von der Wachstumslogik Gesamtkonzept in einem Jahr in Diskurs bringen Wird zur Annahme mit folgenden Änderungen empfohlen: Ad 2. Forderungspunkt: „Die GPA entwickelt, um diesen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft politisch zu begleiten, Konzepte, die mögliche Alternativen aufzeigen und den Wandel zu einer nachhaltigen und gerechteren Gesellschaft unterstützen und begleiten.“ Ad 3. Forderungspunkt: „Dieses Konzepte umfassen eine Abkehr von Wachstumslogik und beinhalten alle Schritte, die den Klimawandel und die Ausbeutung (von Menschen und Umwelt) stoppen. Ebenso ist Zugang zu Wohlstand und sozialer Sicherheit als Kernpunkt enthalten.“	Annahme mit Änderungen (einstimmig)

Empfehlungen der Antragsprüfungskommission zu den eingebrachten Anträgen für das GPA-Bundesforum 2021

		<p>Umformulierung des letzten Forderungspunktes: „Da die kritische Phase des Kippens des ökologischen Systems in vielen Bereichen schon erreicht ist, setzt sich die GPA für einen gerechten Wandel ein und bringt sich in den Diskurs mit Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit ein.“</p> <p>Begründung: Just Transition ist ein Prozess und eine laufende Aufgabe, und kann nicht durch ein Konzept, das man einmalig entwickelt, umgesetzt werden.</p>	
<p>Antrag 5 Klimaschutz: Ein Job für die Gewerkschaft</p>	<p>Stefan Steindl</p>	<p>Treibhausgasemissionen auf Null statt Geo-Engineering</p> <p>Verantwortung nicht auf einzelne abwälzen</p> <p>Grünes Wachstum ist nicht die Lösung</p> <p>Arbeitszeitverkürzung, am besten 4 Tage Woche, Rolle der Betriebsräte stärken, Abteilungen Arbeit und Technik sowie Grundlagen sollen Arbeitsgruppe bilden und Konzepte erarbeiten, Konzepte sind dann von Gremien umzusetzen;</p> <p>Wird zur Annahme mit folgenden Änderungen empfohlen:</p> <p>Umformulierung erster Forderungspunkt: „<u>Das Bundesforum der GPA beauftragt die Einsetzung einer Arbeitsgruppe</u>, die im Sinne dieses Antrags...</p> <p>(...) „Die dafür erforderlichen Ressourcen sind grofzügig zur Verfügung zu stellen“ bzw. zu schaffen.“</p> <p>„In weiterer Folge soll ein Workshop unter Einbeziehung der Wirtschaftsbereiche durchgeführt werden, um die Betroffenheiten und Herausforderungen in den jeweiligen Branchen zu identifizieren und Lösungsansätze zu erarbeiten. Die Ergebnisse werden von der Arbeitsgruppe aufbereitet und an den Bundesvorstand berichtet.“</p> <p>Streichung des 2. Forderungspunktes.</p> <p>Begründung: Konzepte sind Gremien vorzulegen und zur Diskussion zu stellen. Wir können nicht gewählte Gremien verpflichten, Ergebnisse, die von einer Arbeitsgruppe erstellt worden sind, umzusetzen.</p>	<p>Annahme mit Änderungen und Streichung (einstimmig)</p>

Empfehlungen der Antragsprüfungskommission zu den eingebrachten Anträgen für das GPA-Bundesforum 2021

<p>Antrag 6</p> <p>„Künstliche Intelligenz muss menschlich gestaltet werden“</p>	<p>BAT-Leitung, übermittelt von Verena Spitz</p>	<p>Wird zur Annahme empfohlen</p>	<p>Annahme (einstimmig)</p>
<p>Antrag 7</p> <p>Verpflichtung zur Bestellung von „Betrieblichen Ersthelfer*innen für psychische Gesundheit“ in Betrieben</p>	<p>Bundesausschuss der IG Social, IG External, IG Professional</p>	<p>„Bildungsinitiative, die Laien schult, anderen Menschen zu helfen, die sich in einer psychischen Krise befinden oder psychische Gesundheitsprobleme entwickeln.“</p> <p>Einschätzung: Durch die Evaluierungsverpflichtung zu psychischen Belastungen gemäß ASchG steht die Prävention auch psychischer Erkrankungen im Vordergrund. Hier ist noch lange keine ausreichende Umsetzung erreicht bzw. weiterer Konkretisierungsbedarf gegeben (z.B. durch präzisere Durchführungsvorgaben; Einsatz von Arbeits- und OrganisationspsychologInnen). Ein verpflichtender Einsatz betrieblicher ErsthelferInnen zu psychischer Gesundheit könnte dazu beitragen, die diesbezügliche Verantwortung und Fürsorgepflicht eher weiter zu verwässern bzw. auf die Seite der ArbeitnehmerInnen überzuwälzen.</p> <p>Wird zur Zuweisung an eine Arbeitsgruppe des Bundesvorstands unter Einbeziehung der AntragstellerInnen empfohlen.</p>	<p>Zuweisung an eine Arbeitsgruppe des Bundesvorstands unter Einbeziehung der AntragstellerInnen (einstimmig)</p>
<p>Antrag 8</p> <p>Digitalisierungsausgleich</p>	<p>Bundesausschuss IG IT, Flex</p>	<p>Digitalisierungsausgleich für JEDE in Österreich lebende Person unabhängig von Alter, Geschlecht, Stand und Abstammung. Steuerfrei und inflationsgeschützt in der Höhe von 1.500 € pro Monat.</p> <p>Finanziert werden sollte das über eine Digitalsteuer, welche die Lohnsteuer und Lohnzahlungen für die 1.500€ abgelöst werden soll.</p> <p>Darüber hinaus bezahlte Gehälter sollten unter neuen Steuersätzen für die Personen weiterhin direkt vom Unternehmen bezahlt werden.</p> <p>Wird <u>nicht</u> zur Annahme empfohlen</p> <p>Begründung: Grundeinkommen von 1.500 € im Monat ist durch Digitalsteuer nicht finanzierbar, insb. wenn Lohnsteuer dadurch abgelöst wird; (Digitalsteuer mit breiter Bemessungsgrundlage nach dem EU-Richtlinienvorschlag aus 2018 und einem Steuersatz von 5% würde „nur“ gute 100 Mio. € p.a. an Mehraufkommen bringen). Im Antrag dargestellte Gegenfinanzierung ist nicht nachvollziehbar.</p>	<p>Ablehnung (einstimmig)</p>

Empfehlungen der Antragsprüfungskommission zu den eingebrachten Anträgen für das GPA-Bundesforum 2021

<p>Antrag 9</p> <p>GPA denkt über ein bedingungsloses Grundeinkommen nach</p>	<p>Bundesausschuss IG IT, Flex</p>	<p>Die GPA wird die kommenden 5 Jahre nutzen um sich intensiv mit dem Thema "Bedingungsloses Grundeinkommen" (BGE) zu beschäftigen. Vor und Nachteile zu diskutieren und herauszuarbeiten welche Parameter und Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit ein BGE in unserem Sinne eine positive Veränderung der Lebensbedingungen der Menschen bringen kann.</p> <p>Begründung wird nicht geteilt, Diskussion sollte aber geführt werden.</p> <p>Wird zur Zuweisung an den Bundesvorstand, Diskussionsrunde unter Einbeziehung der AntragstellerInnen, empfohlen.</p>	<p>Zuweisung an den Bundesvorstand, Diskussionsrunde unter Einbeziehung der AntragstellerInnen (einstimmig)</p>
<p>Antrag 10</p> <p>Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit</p> <p>- Frauenlöhne und Gehälter aufwerten</p>	<p>Stanger Karin, Stefan Taibl</p>	<p>Paarvergleich zur Gleichwertigkeit</p> <p>Und die Löhne der Frauenbranchen, ausgehend von dem durchschnittlichen Männergehalt der Statistik Austria, durch Verhandlungen und gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen, angeglichen werden;</p> <p>teilweise unklar - seit 2019 bereits volle Berücksichtigung von Elternkarenzen, aber maximal 2 Jahre Karenzanrechnung;</p> <ul style="list-style-type: none"> • 1. und 2. Forderungspunkt werden mit folgender Änderung zur Annahme empfohlen: Ergänzung des 2. Punktes am Ende um folgenden Satz: „Die schrittweise Hebung der Mindestgehälter ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.“ • 3. und 4. Forderungspunkt (höhere gesetzliche und kollektivvertragliche Anrechnung von Karenzzeiten) werden zur Zuweisung an den Bundesfrauenvorstand empfohlen <p>Begründung: Die Thematik Karenzzeitenanrechnungen hatte bereits vor der gesetzlichen Neuregelung hohen Stellenwert in der Kollektivvertragspolitik. Die die hier erzielten Erfolge haben maßgeblich zur vollen gesetzlichen Anrechnung beigetragen. Eine Erweiterung der gesetzlichen bzw. kollektivvertraglichen Anrechnungen stellt keinen vordringlichen Aspekt im Bereich der Gleichstellungspolitik dar. Maßgeblicher wäre etwa ein Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen verbunden mit einem Anspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab Vollendung des 1. Lebensjahres.</p>	<p>Annahme mit Änderung (einstimmig)</p> <p>Zuweisung an den Bundesfrauenvorstand (einstimmig)</p>
<p>Antrag 11</p>	<p>Sarah Moayeri Ulrike Rathmanner</p>	<p>Kampagne gegen Gewalt an Frauen, gegen Femizide und Sexismus, gegen ungleiche Bezahlung; Öffentliche Betriebsversammlungen und Streikmaßnahmen</p>	

Empfehlungen der Antragsprüfungskommission zu den eingebrachten Anträgen für das GPA-Bundesforum 2021

<p>Den 8. März wieder zum FrauenKAMPF-Tag machen: Frauenrechte sind Gewerkschaftsthemen</p>	<p>Irene Mötzel</p>	<p>vor dem Frauentag (8.3.2022), als Vorbereitung BR-Konferenzen im zweiten Halbjahr 2021;</p> <p>Vorschlag: Umgestaltung in eine Resolution</p> <p>Begründung: Nach Rücksprache mit der Bundesfrauensekretärin werden die Antragsinhalte zwar grundsätzlich unterstützt, die im Antrag geforderte Ressourcenbindung ist aber nicht möglich und umsetzbar. Zudem ist der Kontakt mit anderen Frauenorganisationen wichtig und es sollten daher gemeinsame Aktivitäten geplant, aber nicht vorgegeben werden; Die ÖGB-Frauen sind mit Kolleginnen im Frauenring aktiv und führen da sogar den Vorsitz. Daher geht es auch hier um eine interne Koordinierung; Es wird gerade ein Folder zu sexueller Belästigung aufgelegt, es ist geplant auch einen zum Thema Gewalt an Frauen zu machen;</p> <p>Vorgeschlagener Resolutionstext:</p> <p><i>„Den 8. März wieder zum FrauenKAMPF-Tag machen: Frauenrechte sind Gewerkschaftsthemen</i></p> <p>Resolution:</p> <p><i>Frauen haben sich in der Gesellschaft und auch der Arbeiter*innenbewegung ihren Platz mühsam erkämpfen müssen. Dabei sind sie die Hälfte der Arbeiter*innenklasse und auch rund 40% aller Beschäftigten. Frauen arbeiten nicht nur in den am schlechtesten bezahlten Jobs, sondern gerade auch in den wichtigsten, „systemrelevanten“ Jobs, wie in den letzten Monaten besonders deutlich geworden ist. Dennoch ist die Einkommenssituation schlecht, von einer Schließung der Einkommensschere sind wir weit entfernt.</i></p> <p><i>Doch nicht nur betriebliche Themen sind relevante gewerkschaftliche Fragen: Frauen sind besonders von Arbeitslosigkeit betroffen. Sie müssen den allergrößten Teil jener Care-Arbeit erledigen, der durch die jahrzehntelangen Einsparungen im Sozialstaat wieder vermehrt auf die Familien ausgelagert wurde. Frauen sind darüber hinaus von Sexismus und Gewalt betroffen - am Arbeitsplatz, aber auch in der Familie. Die traurigen Rekorde an Femiziden sind hier nur die Spitze des Eisberges. Die schwierigen gesellschaftlichen Verhältnisse (Vereinbarkeit mit Betreuungspflichten) und die teils schlechten Einkommenssituationen, erschweren ein unabhängiges Leben für Frauen.</i></p>	<p>Annahme der Umgestaltung in eine Resolution (einstimmig)</p>
---	---------------------	---	--

Empfehlungen der Antragsprüfungskommission zu den eingebrachten Anträgen für das GPA-Bundesforum 2021

		<p><i>Aus diesem Grund sind Fragen von Sexismus, Benachteiligung von Frauen und Gewalt Gewerkschaftsthemen - "An injury to one is an injury to all" ist nicht umsonst ein altes gewerkschaftliches Prinzip. Hier geht es aber nicht nur um Solidarität, sondern auch um eine notwendige Grundlage für eine starke Gewerkschaftsbewegung. Kampffähige Gewerkschaften brauchen starke und selbstbewusste Mitglieder und eine Mitgliedschaft, die sich nicht spalten lässt, sondern gemeinsam gegen Ungerechtigkeiten vorgeht, auch wenn diese - scheinbar - nur einen Teil der Mitgliedschaft direkt betrifft.</i></p> <p><i>Der 8. März kommt aus der Arbeiter*innenbewegung. Clara Zetkin, Rosa Luxemburg und Adelheid Popp ging es v.a. um die sozialen Rechte von Frauen. In den letzten Jahren sehen wir eine Welle von Protesten in Zusammenhang mit Frauenrechten - um das Recht auf Abtreibung, gegen Gewalt an Frauen, aber auch von Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich. Viele Gewerkschaftsmitglieder sind schon jetzt ein wichtiger Teil dieser Proteste - am 8. März 2021 gab es auch erstmals öffentliche Betriebsversammlungen.</i></p> <p><i>Es ist Zeit, dass die gesamte Gewerkschaftsbewegung diese zentralen Themen der Arbeiter*innenbewegung aufgreift und eine treibende Kraft in den Bewegungen wird. Der 8. März 2022 wird stark geprägt sein von den Erfahrungen mit Corona und der Wirtschaftskrise.</i></p> <p><i>Gemeinsam mit den Gewerkschaftsfrauen im ÖGB werden Wege gesucht, um hier Bündnisse mit Frauenorganisationen wieder vermehrt aufleben zu lassen und den 8. März 2022 gemeinsam kämpferisch zu gestalten. Das Thema Gewalt und Femizid ist eine drängende Gefahr für alle Frauen und die Sicherheit für Frauen zuhause und am Arbeitsplatz muss wieder hergestellt und in den Mittelpunkt unserer gemeinsamen Aktivitäten gestellt werden.</i></p> <p><i>Die Gewerkschaft GPA unterstützt den ÖGB und besonders die Gewerkschaftsfrauen im ÖGB bei der Planung von Aktivitäten zum 8. März und stellt Materialien und Bildungsangebote zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ für die KollegInnen zur Verfügung.“</i></p>	
<p>Antrag 12 Solidarität mit den Menschen in Rojava</p>	<p>Stefan Steindl</p>	<p>Deshalb erklärt sich die Gewerkschaft GPA mit den Ideen einer Demokratie auf kommunaler Ebene und im Betrieb und Wirtschaft verbunden und erklärt ihre Solidarität mit den Menschen in der Demokratische Föderation Nord- und Ostsyrien / Rojava.</p>	

Empfehlungen der Antragsprüfungskommission zu den eingebrachten Anträgen für das GPA-Bundesforum 2021

	<p>Nach Rücksprache mit dem Antragsteller wird der Antrag in eine Resolution und einen Antrag geteilt:</p> <p>A) <u>Resolutionstext:</u></p> <p>„Solidarität mit den Menschen in Rojava</p> <p><i>Die kurdischen Selbstverteidigungseinheiten und ihre Verbündeten verteidigten die Welt gegen den IS. Mit ihrem Sieg ist ein Stück mehr Frieden und Sicherheit für die Menschen in der Region und damit in der gesamten Welt erreicht worden.</i></p> <p><i>Mit dem fortgesetzten Angriffskrieg der Türkei und ihren verbündeten Dschihadistenmilizen auf Rojava wird dieses Stück mehr Frieden und Sicherheit akut gefährdet. Nicht nur, dass der IS von Neuem zu erwachen droht und damit eine Gefährdung für den Nahen Osten, aber auch Europa und damit Österreich darstellt. Millionen ZivilistInnen in Rojava sind vom türkischen Angriffskrieg betroffen. Zehntausende kurdische Kolleginnen und Kollegen hier in Österreich sorgen sich um ihre Verwandten in Rojava. Die Presseagenturen berichten von zahlreichen schweren Kriegsverbrechen. So wurde die kurdische Politikerin Havrin Khalaf der fortschrittlichen "Zukunftspartei" im Herbst 2019 von einer protürkischen Dschihadistenmiliz hingerichtet. Sie stoppten ihr Fahrzeug, zerrten sie verletzt aus ihrem Wagen und erschossen sie. Ihr Fahrer wurde ebenfalls ermordet. Aus dem seit 2018 von der Türkei besetzten Afrin wird immer wieder über exzessive Gewalt und ethnische Säuberungen berichtet.</i></p> <p><i>Rojava. Ein Blick über den Horizont</i></p> <p><i>Die autonome ‚Föderation Nordsyrien – Rojava‘ ist Vorbild für eine demokratische Zivilgesellschaft im Nahen Osten. Im Jahr 2016 erklärten KurdInnen, AraberInnen, SyrerInnen, AramäerInnen, TurkmenInnen und ArmenierInnen ihr friedliches Zusammenleben und ihr Streben nach Freiheit, Gerechtigkeit, Würde, Demokratie, Gleichheit und der ökologischen Nachhaltigkeit. In einem Gesellschaftsvertrag wurde vereinbart, eine Gesellschaft frei von Autoritarismus, Militarismus, Zentralismus und Eingriffen religiöser Autorität in öffentliche Angelegenheiten zu schaffen. Feminismus, Ökologie und direkte Demokratie sind wesentliche Bestandteile dieses Gesellschaftsvertrages.</i></p>	<p>Teilung in eine Resolution und einen Antrag mit einer Änderung (einstimmig)</p>
--	--	---

Empfehlungen der Antragsprüfungskommission zu den eingebrachten Anträgen für das GPA-Bundesforum 2021

	<p><i>Rojava ist damit nicht nur ein Modell für den Nahen Osten. Rojava ist Vorbild für eine zukünftige, bessere Welt. Entscheidungen werden in Rojava auf kommunaler Ebene getroffen. Die Wirtschaft befindet sich in den Händen gewählter Kommunalräte. Hunderte Genossenschaften wurden gegründet, drei Viertel des Grunds und Boden stehen unter gemeinwirtschaftlicher Verwaltung. Große Teile der Industrieproduktion werden durch von ArbeiterInnenräte verwaltete Betriebe erbracht.</i></p> <p><i>Rojava ist Symbol für eine Demokratie von unten. Für Demokratie im Betrieb und in der Wirtschaft. Rojava ist damit einer der wenigen Momente der Geschichte, in der sich die Frage nach einer besseren Welt kumuliert. Die Ideen, für die die Menschen in Rojava kämpfen, waren schon die Ideen der überwiegend sozialdemokratischen ArbeiterInnenräte Wiens der frühen 1920er Jahren. Es sind auch die Ideen, für die SozialdemokratInnen, KommunistInnen und AnarchistInnen u.a. in den internationalen Brigaden in Spanien ab 1936 kämpften. Und auch heute wieder kämpfen Menschen auch aus Europa und Österreich und der ganzen Welt in Internationalen Brigaden für diese Ideen in Rojava. Für eine bessere Welt.</i></p> <p><i>Dieses soziale und demokratische Experiment, dieser Versuch, eine bessere zukünftige Welt zu schaffen, muss erhalten bleiben.</i></p> <p><i>Deshalb erklärt sich die Gewerkschaft GPA mit den Ideen einer Demokratie auf kommunaler Ebene und im Betrieb und Wirtschaft verbunden und erklärt ihre Solidarität mit den Menschen in der Demokratische Föderation Nord- und Ostsyrien / Rojava.“</i></p> <p>B) <u>Antragstext mit einer Änderung:</u></p> <p><i>„Internationale Solidarität - Bilaterale, europäische und internationale Gewerkschaftsnetzwerke aktiv nutzen</i></p> <p><i>Wir sehen uns als Akteurin im internationalen Raum. In vielen Regionen dieser Erde werden Menschen dafür verfolgt, dass sie für eine pluralistische und gerechte Gesellschaft eintreten. Im Sinne unserer Grundwerte sind wir solidarisch mit Bewegungen und Gewerkschaften, die für eine Gesellschaft kämpfen, in der Faschismus, Rassismus, Sexismus und Diskriminierung keinen Platz haben.</i></p> <p><i>Unsere Solidarität gilt insbesondere ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften, die in ihren Ländern für ihre Tätigkeiten verfolgt, gefoltert und ermordet werden, wie etwa in Kolumbien oder im Sudan. Darüber hinaus setzen sich viele Bewegungen und Gewerkschaften für eine demokratische Gesellschaft ein, sowie gegen Autoritarismus,</i></p>	
--	---	--

Empfehlungen der Antragsprüfungskommission zu den eingebrachten Anträgen für das GPA-Bundesforum 2021

		<i>Militarismus, Zentralismus, Rassismus und Eingriffe religiöser Autorität in öffentliche Angelegenheiten, wie etwa in Rojava oder Black Lives Matter.“</i>	
Antrag 13 Abänderung allgemeiner Leitantrag	Bundesausschussmitglieder der IG Flex	<p>S. 7 f</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verstärkter arbeitsrechtlicher Schutz für Solo-Selbständige EPU und Neue Selbständige. • (...), dass ab einem gewissen Jahresumsatz Rücklagen für EPU steuerbegünstigt sein sollten, um bei Ausfällen abgesichert zu sein. Dahingehend wäre auch denkbar, bis zu einem bestimmten Jahresumsatz eine Verpflichtung zur Arbeitslosenversicherung zu verankern. • Zu prüfen ist ein dreijähriger Durchrechnungszeitraum für EPU und Neue Selbständige im Steuerrecht (Gewinn- und Verlustübertragung). • Gesetzlich geregelte Mindesthonorare, in Anlehnung an branchenübliche KV-Gehälter, für EPU und Neue Selbständige. Dort wo es keinen KV gibt, sind branchenspezifische Mindesthonorare zu erstellen (orientiert an branchenüblichen Verbandsverbandempfehlungen, wie beispielsweise die „Fairpay-Kampagne“ der IG Kultur). • Öffentliche Aufträge, Förderungen bzw. Subventionen nur für Unternehmen, Institutionen und Projekte, der öffentlichen Hand, die arbeitsrechtliche Standards nachweislich einhalten bzw. sich an die branchenspezifischen Verbandsempfehlungen in Bezug auf Honorarrichtlinien halten. • Auftraggeberhaftung: Auftraggeber*innen haften für die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Standards, orientiert an der Baurechtsverordnung. • Schaffung von (finanziellen) Förderungsmöglichkeiten für EPU und Neue Selbständige bei Höherqualifizierung im bestehenden Berufsfeld, analog zu unselbständig Beschäftigten. • Gabriele Zeman betont, dass die Bezeichnungen Leihangestellte nicht üblich sind und bittet um Änderung im Entwurf des Leitantrags der GPA-djp zum Bundesforum 2020, analog zu den Gesetzestexten im AÜG. Gängig sind vielmehr die Bezeichnungen: Leiharbeiter*in, Zeitarbeiter*in, oder Leiharbeitskräfte bzw. Zeitarbeitskräfte. 	

Empfehlungen der Antragsprüfungskommission zu den eingebrachten Anträgen für das GPA-Bundesforum 2021

		<p>Antrag - gleichmäßig auf das betreffende und die folgenden beiden Jahre verteilt werden; Aber: progressiver ESt-Tarif wird dadurch tlw. ausgehebelt; Anmerkung: aktuelles Regierungsprogramm sieht „Einführung eines Gewinnrücktrages für Einnahmen- und Ausgabenrechner analog zur Lösung für Künstlerinnen und Künstler“ vor;</p> <p>Wird mit folgender Änderung zur Annahme empfohlen: Ergänzung am Ende: „(...) auf Antrag.“</p> <p>Ad 4. Forderung: Gesetzlich geregelte Mindesthonorare sind grds. möglich; diese könnten aber ev. durch die Mindesthonorare unterschreitende Angebote von Selbständigen aus dem EU-Ausland untergraben werden.</p> <p>Wird zur Annahme mit folgender Ergänzung am Ende empfohlen: (...) „Prüfung und Erarbeitung eines Umsetzungsvorschlags durch die IG Flex in Zusammenarbeit mit dem GB IV“</p> <p>Ad 5. und 6. Forderungspunkt: Werden zur Annahme mit folgenden Änderungen empfohlen</p> <p>Änderungen: 5. Forderung: Einschub „der öffentlichen Hand“ streichen; 6. Forderung: Änderung: „(...), orientiert an der Auftraggeberhaftung für Bauleistungen“;</p> <p>Ad 7. Forderungspunkt: Wird zur Annahme empfohlen, Finanzierung allerdings ungeklärt</p>	<p>Annahme mit Änderung (einstimmig)</p> <p>Annahme mit Ergänzung (einstimmig)</p> <p>Annahme mit Änderungen (einstimmig)</p> <p>Annahme (einstimmig)</p>
<p>Antrag 14</p> <p>Delegierung von Aufgaben an ordentliche nicht freigestellte BRInnen durch die BR-Körperschaft</p>	Bundesausschuss IG IT	<p>ArbeitgeberInnen müssen sicherstellen, dass ordentliche Betriebsratsmitglieder, die nicht freigestellt sind, delegierte Aufgaben und Termine der BR-Körperschaft wahrnehmen können.</p> <p>Wird zur Annahme empfohlen</p> <p>(gibt zwar schon jetzt entsprechende gesetzliche Grundlage im ArbVG - § 116 – Freizeitgewährung-, Arbeitgeber müssen aber stärker in die Pflicht genommen werden, dass BetriebsrätInnen dieses Recht auch tatsächlich ausüben können)</p>	Annahme (einstimmig)
<p>Antrag 15</p> <p>Bildungsfreistellung bei „Lehre mit Matura“</p>	Karin Zeisel	<p>„Lehre mit Matura“: für die anstehenden Prüfungsvorbereitungen im Verlauf der Lehrzeit eine Bildungsfreistellung im Ausmaß von 14 Tagen</p> <p>Wird zur Annahme empfohlen</p>	Annahme (einstimmig)
<p>Antrag 16</p>	Wolfgang Pischinger	<p>Erweiterung der Karfreitagsregelung, wodurch sich für alle ein Anspruch auf einen zusätzlichen Urlaubstag (persönlicher Feiertag) ergibt;</p>	Annahme (einstimmig)

Empfehlungen der Antragsprüfungskommission zu den eingebrachten Anträgen für das GPA-Bundesforum 2021

Persönlicher Feiertag		Wird zur Annahme empfohlen	
Antrag 17 Bezahlte Pflichtpraktika im Gesundheits- und Pflegebereich	Karin Zeisel	Wird zur Annahme empfohlen Entspricht zentralem Leitantrag („Wir bekennen uns des Weiteren zu fair bezahlten Pflichtpraktika in allen unseren Kollektivverträgen“, Abschnitt Leitlinien der Kollektivvertragspolitik)	Annahme (einstimmig)
Antrag 18 Gegen unnötige Ausweitungen der Sonntagsarbeit!	Peter Gattinger	Wird zur Annahme empfohlen Entspricht zentralem Leitantrag („Rücknahme neu geschaffener Ausnahmen von der Wochenendruhe“, Abschnitt Arbeitszeitrecht)	Annahme (einstimmig)
Antrag 19 Anhebung des maximalen Betrages für die begünstigte Besteuerung bei Sozialplanzahlungen auf 31.000 Euro und Senkung des Steuersatzes auf generell 6%!	Peter Gattinger	Wird zur Annahme mit folgender Änderung empfohlen: Änderung des 2. Forderungspunktes: „Die Besteuerung von Sozialplanzahlungen soll grundsätzlich innerhalb des begünstigten Rahmens weiterhin mit dem Hälftesteuersatz erfolgen. Gleichzeitig soll die Steuerbelastung innerhalb des begünstigten Rahmens zudem jedoch mit 6% begrenzt werden.“ Begründung: Wenn man den Hälftesteuersatz durch eine generelle Besteuerung der Sozialplanzahlung innerhalb des begünstigten Rahmens mit 6% ersetzt, dann würden Personen, die nicht mehr als 21.000 Euro im Rahmen von Sozialplänen erhalten, schlechter als bisher aussteigen. Bei Beibehaltung der bisherigen Systematik und zusätzlicher Einführung einer Deckelung der Steuerbelastung mit 6% für die gesamte Summe innerhalb der Begünstigung, würden auch höhere Sozialplanzahlungen besser gestellt werden.	Annahme mit Änderung (einstimmig)
Antrag 20 Gesetzliche Normalarbeitszeit auf 30 Stunden verkürzen	Oliver Jonischkeit	Wird <u>nicht</u> zur Annahme empfohlen Begründung: Widerspruch zur Forderung im allgemeinen Leitantrag des Bundesvorstandes	Ablehnung (mehrheitlich)
Antrag 21 Erhöhung des Arbeitslosengeldes	Markus Amon, 236864889 Alexander Fritz, 256240681	Der Antrag geht in gleiche Richtung wie der Leitantrag des Bundesvorstandes, in dem eine Nettoersatzrate von 70% gefordert wird. Als Bündnispartner fehlt noch die AK. ÖGB und AK fordern seit Ausbruch der Coronakrise bei jeder Gelegenheit eine Anhebung der Ersatzrate auf 70%. Wird zur Annahme mit folgenden Änderungen empfohlen:	

Empfehlungen der Antragsprüfungskommission zu den eingebrachten Anträgen für das GPA-Bundesforum 2021

	<p>Paul Hasenöhrl, 248324366</p> <p>Franz Koskarti, 007163894</p> <p>Alexander Magnus, 00981356-</p> <p>Marliese Mendel, 247142293</p> <p>Lisa Sinowatz, 23465692-</p> <p>Günther Mitterecker, 230881555</p> <p>Paul Skomorowski, 24512441-</p> <p>Sabine Skomorowski, 247838615</p> <p>Gerhard Zahler- Treiber, 202538588</p>	<p>Änderung des 1. Forderungspunktes: „(...) Maßgabe für die Ansetzung der Nettoersatzrate müssen dabei diesbezügliche Vorbilder in Europa sein. Die GPA setzt sich jedenfalls für eine Nettoersatzrate von 70% und die Beibehaltung der Notstandshilfe ein.“</p> <p>Änderung des letzten Forderungspunktes, sodass die Forderung folgendermaßen lautet: „Die Nutzung aller gewerkschaftlichen Handlungskompetenzen – inklusive Allianzen und zivilgesellschaftlicher Bündnisse - zur Erreichung des Zieles.“</p>	<p>Annahme mit Änderungen (einstimmig)</p>
<p>Antrag 22</p> <p>Abänderungsantrag zum Leitantrag Corona zum Bundesforum der GPA</p>	<p>Beatrix Eiletz Karin Samer Angelika Hlawaty Leyla Özkan</p>	<p>Forderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Finanzielle Anerkennung der Erschwernis und Gefahr: Für die Zeit der Pandemie (für das Jahr 2021): 150 Euro monatlicher steuerfreier Bonus für Beschäftigte im privaten Gesundheits-, Sozial- und Pflege- und Bildungsbereich während der Corona-Krise als Anerkennung für zusätzliche Schwerstarbeit. • Dringend mehr helfende Hände: Für die Zeit der Pandemie fordern wir für das Jahr 2021: Schaffung von 20.000 Arbeitsplätzen im Support-Bereich (administrative Tätigkeiten, Bürokratie, Logistik), damit das Gesundheits-, Betreuungs-, Pflege- und Bildungspersonal seine Kernaufgaben wahrnehmen kann. Bereitstellung der Jobs durch die Träger, Abrechnung bei der öffentlichen Hand. • Zeit für Erholung: Für die Zeit der Pandemie fordern wir für das Jahr 2021: 1 zusätzlicher freier Tag für alle pro Monat zur Erholung. Dieser Tag soll in Zusammenhang mit einer Wochen(end)ruhe konsumiert werden, um 	

Empfehlungen der Antragsprüfungskommission zu den eingebrachten Anträgen für das GPA-Bundesforum 2021

		<p>wieder Kraft und Energie in diesem emotional und körperlich anstrengenden Bereich zu bekommen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gerechtigkeit für PraktikantInnen: Für die Zeit der Pandemie fordern wir für das Jahr 2021: Mind. 950 Euro monatlich für PraktikantInnen. Tausende PraktikantInnen im Gesundheits-, Sozialbereich und (Elementar-)Bildungsbereich arbeiten während ihrem Studium mehrere Monate unbezahlt. Während der Coronapandemie stehen sie in der ersten Reihe, ohne sie würden viele Bereiche zusammenbrechen. <p>Wird zur Annahme empfohlen</p>	
<p>Antrag 23 Gemeinsam für Corona-Bonus und mehr Personal</p>	Michael Gehmacher	<p>Forderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 250 Euro Corona-Bonus und 2,5 zusätzliche Urlaubstage pro Monat der Pandemie für ALLE Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich • Sofortige Aufstockung von 10 % mehr Personal in der gesamten Branche. Weitere 10% mehr in den kommenden Monaten. Arbeitgeber und Fördergeber müssen dafür die nötigen Mittel bereitstellen, Schulungen, Ausbildungen und Personalaufstockung organisieren • aktive Kampagne beginnend mit Betriebsrätekonferenzen und Betriebsversammlungen, öffentlichen Aktionen und anderen Kampfmaßnahmen bis zu Streiks <p>Einschätzung:</p> <p>Es gibt bereits eine Kampagne zu dem Thema mit ähnlichen Forderungen. Die Idee kam aus dem Bundesausschuss WB 17, wurde im Präsidium des WB 17 beschlossen und ist mit den WB 19 und 20 sowie den Fachbereichen Gesundheit und Soziales der vida abgestimmt.</p> <p>Gefordert werden von GPA und vida:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 20 % mehr qualifiziertes Personal • 1 zusätzlicher freier Tag für alle pro Monat zur Erholung. Dieser Tag soll in Zusammenhang mit einer Wochen(end)ruhe konsumiert werden • 150 Euro monatlicher steuerfreier Bonus für Beschäftigte im privaten Gesundheits-, Sozial-, Pflege- und Bildungsbereich 	Annahme (einstimmig)

Empfehlungen der Antragsprüfungskommission zu den eingebrachten Anträgen für das GPA-Bundesforum 2021

	<p>Dazu gibt es auch schon eine eigene Kampagnenseite: https://worte-reichen-nicht.at/</p> <p>Auch mit dem SWÖ wurden Teile dieser Forderungen gemeinsam öffentlich gemacht „Hilfe für HelferInnen“ https://www.gpa.at/kollektivvertrag/gesundheit-und-soziales/hilfe-fuer-helferinnen</p> <p>Gefordert werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sondertopf für die Aufnahme von zusätzlichem Personal zur Entlastung bei administrativen Tätigkeiten, um bis zu 10.000 KollegInnen aus der Arbeitslosigkeit zu holen • monatliche Zulage von 150 Euro für alle Beschäftigten im privaten Pflege- und Betreuungsbereich während der Corona-Krise <p>Wird <u>nicht</u> zur Annahme empfohlen</p> <p>Begründung: Widerspruch zu den Forderungen des WB 17 u.a., die von GPA und vda öffentlich gefordert werden. Diese Forderungen wurden zudem auch als Abänderungsantrag zum Corona-Leitantrag eingebracht (siehe Antrag 22).</p>	<p>Ablehnung (mehrheitlich)</p>
--	--	--

Empfehlungen der Antragsprüfungskommission zu den eingebrachten Anträgen für das GPA-Bundesforum 2021

Anträge zur Geschäfts- und Wahlordnung			
Antrag 1 Antrag des Bundesvorstandes zur Änderung der Geschäfts- und Wahlordnung	Bundesvorstand	Anmerkung: Beschlossen am Bundesvorstand am 24.3.2021	
Antrag 2 Durchführung von Mitglieder-Abstimmungen im Zuge von Kollektivvertragsverhandlungen	IG Social und IG Flex	<ul style="list-style-type: none"> • Vor Beginn von Verhandlungen und vor dem Abschluss zu Kollektivverträgen werden die betroffenen Arbeitnehmer*innen über die geplanten gewerkschaftlichen Forderungen bzw. über das Verhandlungsergebnis informiert und ein Austausch darüber initiiert. • Über die Forderungen und den Abschluss werden unter allen betroffenen Mitgliedern der Gewerkschaft GPA in vom Präsidium gesetzter Frist Urabstimmungen abgehalten. Die Abstimmung kann in jeder möglichen Form (direkt, brieflich, online) durchgeführt werden. <p>Bei Partnergewerkschaften wie z.B. Ver.di (Deutschland) sind Urabstimmungen in Tarifverhandlungen und -konflikten üblich und statutarisch geregelt (Vorschlag von Tarif-Kommission wird abgestimmt).</p> <p>Wird <u>nicht</u> zur Annahme empfohlen</p> <p>Begründung: Urabstimmungen können bei großen Mobilisierungen und Entscheidungen zweckmäßig sein. Vor und nach jedem Abschluss eine Urabstimmung durchzuführen ist aber nicht sinnvoll. Denn dies ist sehr ressourcenaufwändig und vor allem führen unsere gewählten Gremien die Verhandlungen und brauchen daher auch gegenüber der Gegenseite das Pouvoir Zusage geben zu können.</p>	Ablehnung (mehrheitlich)
Antrag 3 Mitbestimmung in der GPA	Fritz Schiller	<p>(...), dass die Mitglieder der Organe auf Regionen/Länderebene sowie die Mitglieder des Bundesvorstandes direkt von den GPA Mitgliedern gewählt werden.</p> <p>(...), dass die Verhandlungsergebnisse der Kollektivverträge von den GPA Mitgliedern, die die diesen Kollektivverträgen unterliegen einer Urabstimmung unterzogen werden.</p>	Ablehnung des ersten Forderungspunktes (einstimmig)

Empfehlungen der Antragsprüfungskommission zu den eingebrachten Anträgen für das GPA-Bundesforum 2021

		Wird <u>nicht</u> zur Annahme empfohlen	Ablehnung des zweiten Forderungspunktes (mehrheitlich)
Antrag 4 Verstärkte Transparenz	Fritz Schiller	<p>Die GPA wird sämtliche Protokolle der bisherigen GPA(-djp) Bundesforen und der Regionalforen, sowie sämtliche Protokolle der Beratungen des Bundesvorstandes und der Regionalvorstände veröffentlichen und Bekanntmachen wer ihre Mitglieder sind.</p> <p>Außerdem sollen die Namen und die Funktionen der Kollektivvertragsverhandler*innen veröffentlicht werden, ebenso wie die Abstimmungsergebnisse der Kollektivvertragsorgane.</p> <p>Zur Stärkung der Transparenz aber auch zur Mitgliederbindung soll die GPA ein Diskussionsforum errichten, in dem die GPA Mitglieder ihre Anregungen, Beschwerden, Meinungen etc. äußern und sich austauschen können.</p> <p>Wird <u>nicht</u> zur Annahme empfohlen</p> <p>Erläuterung: Beschlossene Anträge des Bundesforums 2015 und GWO sind auf der Website veröffentlicht worden, wurden aber beim Website-Relaunch nicht migriert.</p> <p>Die Gremien der GPA, insbesondere das Präsidium auch mit Bildern, werden bis zum Bundesforum auf der Website veröffentlicht. Dasselbe gilt für die Geschäfts- und Wahlordnung sowie die beschlossenen Anträge vom Bundesforum 2021.</p> <p>Protokolle sind interne Dokumente und können nicht auf einer Website der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden, sondern betreffen die Mitglieder der Gremien.</p> <p>Diskussionsforen wurden weitgehend durch Social-Media ersetzt, das hält auch die GPA so, und zwar sehr erfolgreich.</p>	Ablehnung (einstimmig)
Antrag 5 Abänderungsantrag zur Geschäfts- und Wahlordnung (§ 39 Abs 6)	Regionalausschuss Wien des Wirtschaftsbereichs 17, übermittelt von Karin Samer	<p>Ablehnung der Einfügung: § 39 (6) „- mit Ausnahme in den Wirtschaftsbereichen in den Bundesländern - nach ... durchzuführen. Bei Wahlen in den Wirtschaftsbereichen in den Bundesländern werden die Grundsätze des Mehrheitswahlrechtes angewendet.“</p> <p>Wird <u>nicht</u> zur Annahme empfohlen</p> <p>Begründung: Widerspricht dem GWO-Antrag des Bundesvorstandes. Ausgewogene Wahlvorschläge (Betriebe, Bereiche, Quote, Fraktionen) würden bei</p>	Ablehnung (mehrheitlich)

Empfehlungen der Antragsprüfungskommission zu den eingebrachten Anträgen für das GPA-Bundesforum 2021

		Anwendung des Verhältniswahlrechts nicht für Repräsentanz sorgen, wenn sie nur für einen Teil des Gremiums gelten. Das kann nur mit ausgewogenem Wahlvorschlag hergestellt werden.	
Antrag 6 Abänderungsantrag zu § 32 (6) GWO: IGen - Netzwerkbildung und Kampagnen auch auf Länderebene	Oliver Jonischkeit	Die Aufgaben des Ausschusses der Interessengemeinschaft – Ergänzung beim Punkt d. „die Netzwerkbildung und die Durchführung von Kampagnen <u>auf Bundes- und Länderebene</u> “ Wird zur Annahme empfohlen	Annahme (einstimmig)
Antrag 7 Abänderungsantrag zu § 39 (6) GWO	Oliver Jonischkeit	Beibehaltung des Verhältniswahlrechts in den Wirtschaftsbereichen in den Bundesländern Widerspricht dem GWO-Antrag des Bundesvorstandes; Einschätzung: siehe Antrag 5 Wird <u>nicht</u> zur Annahme empfohlen	Ablehnung (mehrheitlich)
Antrag 8 § 37 (5c) GWO	Thomas Erlach	2 statt 3 Bundesländer/Regionen Wird <u>nicht</u> zur Annahme empfohlen Begründung: Widerspricht dem GWO-Antrag des Bundesvorstandes	Ablehnung (mehrheitlich)